Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 925.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190. Montag, den 16. August 1915. 22. Jahrg.

Die Freiheit der Meere.

Mit der waldursprünglichen Unbefangenheit, die den amerikanischen Journalismus ziert, und in der Ueberzeugung, daß jeder Mensch eigentlich nur dazu da sei, sich bei irgendeinem Anlaß interviewen zu lassen, hat das amerikanische Depeschenbureau „United Preß" den deutschen Kaiser ersucht, ihm anläßlich der Erfolge der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Osten eine „Kundgebung" zu telegraphieren, „Rückantwort bezahlt". Diese „Kundgebung" blieb allerdings aus. Dagegen nahm der Reichskanzler den Anlaß wahr, um die „United Preß" zur Verbreitung einer Mitteilung der Reichsregierung zu benutzen. Er verwies auf die verschiedenen seit Kriegsbeginn abgegebenen Erklärungen und betonte, „daß Deutschland für einen Frieden kämpfe, der ihm mit den Mächten, die an seiner Seite den großen Kampf führen, diejenige feste Sicherheit gewähre, deren Deutschland für einen dauernden Frieden und seine nationale Zukunft bedürfe. Ueber Deutschlands Grenzen hinaus werde der Friede, den wir erstrebten, allen Völkern die Freiheit der Meere verbürgen und allen Nationen die Möglichkeit eröffnen, im freien Wettbewerb den Werken des Fortschrittes und der Gesittung zu dienen."

Freiheit der Meere! Der Ausdruck ist nicht neu. Schon im Juli hat der englische Premierminister Asquith im Unterhaus von der Freiheit der Meere gesprochen, und in der letzten Note des amerikanischen Präsidenten Wilson an die deutsche Regierung spielt das Wort ebenfalls eine erhebliche Rolle. Unzweifelhaft hat Bethmann-Hollweg in ganz bestimmter Absicht den Ausdruck wiederholt; er wollte der englischen Auffassung der Freiheit der Meere für England den Begriff der Freiheit der Meere für alle entgegensetzen.

Denn an der englischen und amerikanischen Anwendung des Ausdrucks von der Freiheit der Meere zeigt sich das alte Spiel, daß ein Begriff desto energischer vertreten und angewendet wird, je weiter man von ihm in der Wirklichkeit entfernt ist, und je mehr man ihn selbst außer acht läßt, wenn er den eigenen Wünschen und den eigenen Zielen nicht entspricht. Gerade bei England und seinem neutralen Helfershelfer drängt sich diese Erfahrung besonders deutlich, aber auch besonders widerlich auf. England hat den Begriff des freien Meeres zuerst geschichtlich ganz offen und aus guten Gründen seiner kapitalistischen Entwickelung beiseite geschoben.

Der Kampf um die sogenannte Freiheit der Meere beginnt in der modernen Epoche in dem Augenblicke, als die kapitalistische Produktionsweise in Mitteleuropa sich zu entwickeln begann. Das war um die Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts. Damals schrieb der Begründer des neuen Völkerrechts, Grotius, seine berühmte Schrift über das Mare liberum (das freie Meer), die 1609 erschienen und in der Ideologie der Zeit von geradezu revolutionärer Bedeutung wurde. Sie war der Ausdruck der neuen für alle Länder kommenden Zeit und hatte die ausgesprochene Tendenz, gegen die Uebergriffe der englischen kapitalistischen Entwicklung Front zu machen. Deshalb wurde sie auch besonders von englischer Seite aufs heftigste angegriffen und mit Hohn und Spott überschüttet. Die Gegenschrift des Engländers Selden forderte ihr gegenüber im Interesse des englischen Kapitalismus das geschlossene Meer (mare clausum), was nichts anderes bedeutete, als daß die englische Seemacht die ausschließliche Herrschaft über das Meer anstrebte und allein für sich forderte. Aeußerlich kam dieser Streit dadurch zum Abschluß, daß man theoretisch die volle Freiheit der Meere anerkannte, um sie desto offensichtlicher der englischen Seeherrschaft unterzuordnen. Das Recht des Stärkeren siegte, wie immer, über die Ideologie.

Es ist nun an sich klar, wenn man von der späteren geschichtlichen Entwickelung zunächst absieht, daß das offene Meer nicht das Eigentum irgend eines Staates sein und nicht irgend einer staatlichen Gebietshoheit unterliegen kann, sondern von Natur aus zum gemeinsamen Gebrauch aller Nationen bestimmt ist. Aus diesem natürlichen allgemeinen Gebrauch hat sich geschichtlich auch zuerst das Recht der freien Schiffahrt und der freien Fischerei auf offener See entwickelt. Mit der Entwickelung des Kapitalismus aber, mit der steigenden Macht des Privateigentums und des Besitzes an Grund und Boden entbrannte ganz notwendig der Kampf um die Freiheit der Meere. Es lag für das kapitalistische Rechtsbewußtsein kein Grund vor, die Freiheit der Meere höher zu achten als die Freiheit von Grund und Boden. Wer die größere Macht hier hatte, suchte sie auch dort zu erstreben, und es war eine historische Selbstverständlichkeit, daß England als Vorkämpfer der kapitalistischen Produktionsweise auch zuerst das Recht auf das freie Meer beanspruchte und durch die Macht seiner Schiffe, durch seine Seeräuberei auch tatsächlich erkämpfte. Eine Fülle von Beispielen dafür liegt vor. Wir erinnern nur an die Kämpfe gegen Holland, Portugal und Spanien. Wir erinnern an die berühmten „Schatzschiffe" der Engländer, die im heimischen englischen Hafen desto mehr gefeiert wurden, je größere Schätze sie vom Seeraub mitbrachten. Die Drakesche Weltumsegelung ist ein Musterbeispiel für diese Art, wie England die Freiheit der Meere auffaßte. Sie war ein einfacher und glatter feudal-kapitalistischer Raubzug, was in den letzten Jahren selbst von englischen Schriftstellern offen zugegeben worden ist. Trotzdem ist diese Weltumsegelung Drakes noch heute in vielen Köpfen von der Ideologie einer Kulturpioniertat umstrahlt, die ausschließlich ein Ideal verfolgte. Je mehr der Kapitalismus sich nun entwickelt hat, und je mehr er seine Expansion über das eigene Land hinaustrieb, desto mehr wurde die Freiheit der Meere natürlich ein Interesse aller kapitalistischen Staaten, weil jeder das Recht der Ausbeutung der Meere und der freien Fahrt zu neuen Schätzen und Eroberungen gewährleistet haben wollte. Die Forderung der Freiheit der Meere ist daher historisch ganz notwendigerweise eine Forderung des modernen Imperialismus geworden und eine innere Notwendigkeit für ihn, die nicht durch „sittliche" Einsprüche und durch Verträge illusorisch gemacht werden kann, wenn diejenigen, die widersprechen und darüber Verträge schließen, nicht Macht und Gewalt genug besitzen, solche Verträge und Widersprüche durchzuführen. Denn in Wirklichkeit ist die Macht über das Meer in den kapitalistischen Zeitläuften genau so verteilt, wie die Macht über das Land, über Grund und Boden, über Produktionsmittel, Maschinen und Werkzeuge. Wenn die Luftschiffahrt sich über die bloße militärische Entwickelung hinaus durchsetzt, werden wir sehr bald auch den Kampf um die Freiheit der Lüfte erleben, dessen Ausgang nach denselben Regeln und Erfahrungen und Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise entschieden werden wird. Der Kapitalismus unterjocht eben alle Werte seiner Herrschaft und dasjenige Land, das sich nicht rührt, seine Kräfte nicht ausbaut und benutzt, wird unterworfen und ausgebeutet. Hier kann sich allein Macht gegen Macht behaupten.

In der Gegenwart hat England ganz besonders die Utopie von der Freiheit der Meere aufs gründlichste zerstört und damit auf das erfreulichste eine Masse von illusionären Vorstellungen aus den Köpfen herausgefegt, auch aus deutschen Köpfen und auch aus sozialistischen. Wir sehen jetzt alle mehr denn je zuvor, daß Verträge und Abmachungen nur durch die Macht und Kraft Respekt erlangen, die hinter ihnen stehen. England ist die Herrscherin zur See, unterjocht seine Feinde und die Neutralen und beginnt erst durch deutsche Kraft, das heißt durch unsere U-Boote, gezwungen, sich wieder darauf zu besinnen, daß auch noch andere Völker und Nationen an das Meer grenzen und es für ihre eigenen Zwecke ausnutzen möchten. Wir kommen damit wieder von der Utopie zur Wirklichkeit.

Wenn sich die amerikanische Regierung in der letzten Note an Deutschland auf den Standpunkt stellt, daß die Freiheit der Meere wirklich sogar auch in der Kriegszeit und unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, und wenn sie gar behauptet, das dies anerkanntes Völkerrecht sei, so ist schwer einzusehen, ob hier Unkenntnis oder absichtliche Täuschung vorliegt. Denn es ist schon jetzt unbestrittenes Völkerrecht zur See, daß während eines Krieges jeder kriegführende Staat gegenüber neutralen Schiffen das unbedingte Recht des Anhaltens, der Durchsuchung und nötigenfalls auch der Aufbringung und bei Widersetzlichkeit sogar auch das Recht der Zerstörung hat. England selbst wollte freilich, als die anderen kapitalistischen Staaten sich ebenfalls imperialistische Aufgaben stellten, durch die bekannten Londoner Erklärungen von 1908/09 Verbesserungen auf diesem Gebiete durchführen, nachdem die Haager Konferenz von 1907 hier völlig versagt hatte. Aber auch die Londoner Erklärungen sind auf dem Papier geblieben und haben keinerlei rechtliche Anerkennung gefunden. Sie sind überdies nirgends bitterer verhöhnt worden als im englischen Oberhaus, wo man noch immer in den feudalen Ideenkreisen der früheren Jahrhunderte lebt und die englische Seeherrschaft als die einzig berechtigte der Welt ansieht. Jetzt hat freilich das deutsche Unterseeboot dem Seekrieg und damit auch der Freiheit der Meere ein ganz anderes Gesicht gegeben, und es war daher kein Wunder, sondern eine geschichtliche Notwendigkeit, daß diejenigen Staaten, die über eine solche besondere Waffe nicht verfügen, wieder zu dem alten Ideal der Freiheit der Meere zurückzustreben sich den Anschein gaben.

Natürlich nur in Worten! Denn, um nur ein Beispiel anzuführen: der Baumwollkrieg, den England gegen Deutschland und die neutralen Seestaaten Nordeuropas führt, ist nichts weiter als die unverschämteste Verhöhnung der Meeresfreiheit. Aus Gründen, die sich aus den innerpolitischen Verhältnissen der Vereinigten Staaten herleiten, hat England seiner ebenso umfangreichen wie willkürlichen Liste der Bannwaren die Baumwolle nicht hinzugefügt. Tatsächlich hindert es aber die Zufuhr von amerikanischer Baumwolle nicht nur an Deutschland, sondern auch an Holland und die skandinavischen Staaten. Es verzichtet auf eine formale „Rechtsbegründung" und übt einfach kraft seiner Seeherrschaft die ihm bequeme Willkür.

Wenn der Reichskanzler in einer Antwort an amerikanische Anfrager hervorhob, daß Deutschland für die Freiheit der Meere kämpfe und diese beim Friedensschluß zu sichern bestrebt sein werde, so lag darin eine Mahnung an die braven Yankees, einmal darüber nachzudenken, ob ihre Regierung bisher etwas getan habe, die freie Schiffahrt zu sichern, oder ob sie sich widerstandslos der britischen Seegewalt gefügt habe. Die Behandlung der Frage, ob weiterhin noch amerikanische Schiffe verhindert werden dürften, ihre freie, d. h. nicht zur Konterbande zählende Ladung in deutsche oder neutrale Häfen zu bringen, durch das Washingtoner Kabinett hat ja allerdings gezeigt, wie man dort die Frage auffaßt. „Diplomatische Verhandlungen", von Washington aus angeregt, haben zur Genüge stattgefunden. Das Staatsdepartement der Union hat kürzlich seine „diplomatische Korrespondenz mit den kriegführenden Regierungen in betreff der Rechte und des Handels der Neutralen" als amtliche Druckschrift erscheinen lassen, die darüber Auskunft gibt. Die Veröffentlichung beginnt mit den ersten, bald nach Ausbruch des Krieges gewechselten Depeschen und reicht bis Mai 1915; sie umfaßt also die Zeit, in der Staatssekretär Bryan — er ist am 9. Juni zurückgetreten — auf die amerikanische Seerechtspolitik bestimmenden Einfluß hatte. Was nun aus der Sammlung unzweifelhaft hervorgeht, ist, daß die amerikanische Regierung ursprünglich die Londoner Deklaration vom Jahre 1909 als Grundlage des heutigen Seerechts ansah und sich bemühte, die Kriegführenden zu deren Anerkennung zu bewegen. Am 6. August beauftragte Bryan seinen Botschafter in London, bei der britischen Regierung anzufragen, ob sie sich an die Londoner Deklaration halten wolle, falls ihr Gegner das gleiche tun würden. Rasch lief von Oesterreich-Ungarn und von Deutschland die Erklärung ein, daß sie die Abmachung von 1909 zu achten bereit seien. Aber am 22. August verwarf England den amerikanischen Vorschlag. Es sprach der Londoner Deklaration zwar nicht jede Gültigkeit ab, wollte sie aber nur „mit Abänderungen und Zusätzen" anwenden, die ihr jeden Wert nahmen und eine Auslegung des Begriffes Konterbande einführten, wie sie im Interesse der englischen Kriegführung lag. Ueberflüssig zu sagen, daß Frankreich und Rußland die englische Politik sogleich ebenfalls annahmen, womit der Versuch Amerikas, wenigstens in beschränktem Maße die „Freiheit der Meere" zu sichern, gescheitert war. Im Kern erhielt eben England seinen Anspruch aufrecht, zu seinem Vorteil und nach seiner Willkür den Verkehr auf See zu kontrollieren, zu gestatten oder zu verhindern.

Die Ankündigung des Reichskanzlers, daß bei den Friedensverhandlungen die Freiheit der Meere ein wichtiger Verhandlungspunkt sein werde, hat aber offenbar auch noch eine andere Bedeutung: das Prinzip der Neutralität der offenen See! Womit der Raubkrieg ein Ende fände und lediglich die Küstengewässer Kriegsschauplatz werden könnten.

Mit der Anerkennung dieses Grundsatzes wäre aber die englische Seeherrschaft vorbei. Denn auch die kleinen Küstenstaaten sind in der Lage, sich durch Unterseeboote und ähnliche Fahrzeuge sowie durch Küstenbefestigungen gegen einen Angreifer zu sichern. Diese Erkenntnis hat sich bereits da und dort zu bestimmten Vorschlägen verdichtet — in Beachtung der Lehre, die England durch die tatsächliche Blockade der neutralen Küsten gegeben hat.

Nun geht gewiß Macht vor Recht, und so wenig sich jetzt England um geschriebene Verträge kümmert, so wenig ist zu erwarten, daß künftig sich jeder Staat den neuen völkerrechtlichen Bedingungen fügen würde, wenn er sie straflos brechen kann. Aber gegenüber dem heutigen Zustand, wo die Meere nicht frei sind, auch nicht nach den papiernen Protokollen, ergäbe sich doch das Verhältnis, daß alle Schwächeren gegenüber dem Stärkeren ein gemeinsames Rechtsgut zu wahren hätten: Die Freiheit der Meere.

Von den Kriegsschauplätzen.

Durch das Vorrücken unserer drei Heeresgruppen nach Osten erfolgt nach Ueberwindung der Narew- und Weichsellinie zugleich mit der Verkürzung unserer Front allmählich eine Vereinigung der drei bisher gesondert operierenden Gruppen der Generalfeldmarschälle v. Hindenburg, Prinz Leopold von Bayern und v. Mackensen. Der rechte Flügel der Heeresgruppe v. Hindenburg unter dem Oberbefehl der Generale v. Scholtz und v. Gallwitz ist, worauf die Korrespondenz „Heer und Politik" hinweist, in breiter Front von nördlich Wiszna, am Zusammenfluß des Narew und Bobr, vorgedrungen. Durch dieses Vordringen an den Bug ist die taktische Verbindung mit der östlich von Warschau vorrückenden Heeresgruppe des Prinzen Leopold

vorwärts. Das gestrige Dorf heißt Nogawki. Wir haben den Russen hier vom Süden und Norden umzingelt. Hoffentlich wird er nicht ganz ausreißen. Er scheint hier noch sieben Kanonen zu haben, die wir ihm gern abnehmen möchten. Es ist gleich ½11 Uhr morgens, vor uns liegt schon wieder ein Dorf. — 3 Uhr 10 Min.: Funkspruch: Warschau ist gefallen. Welch eine Freude! Ein lautes Hurra ging durch unsere Reihen. Wir sind noch nicht weiter vorgegangen, da im Dorf noch Russen sitzen und diese unsere Artillerie erst ausräuchern muß. Soeben, ¼4 Uhr, hat sie einen russischen Fesselballon heruntergeschossen.

Aus der Strafkammer. An krankhafter Beleidigungssucht leidet der bekannte Schlachter Mö., der wohl schon ein Dutzendmal eingekastelt wurde. Alle diese meist mehrmonatigen Strafen vermochten bisher den Mann nicht davon abzuhalten, impulsiv den nächstbesten, ihm in den Weg Tretenden auf schnodbrige Art anzurempeln. In früheren Verhandlungen machte Mö. geltend, daß Geistesgestörtheit in der Familie vorgekommen sei und daß er auch einen Klaps abbekommen habe. Genützt hat ihm das Zitieren jener Manen damals nichts. Ganz richtig scheint der Gehirnapparat Mö.s nicht zu funktionieren, denn noch ehe die letzte viermonatige Strafe angetreten war, beleidigte er wieder einen Gerichtsangestellten. Das Schöffengericht erkannte dafür auf 5 Monate Gefängnis. Auf die Berufung des Unglücksmenschen ermäßigte die Strafkammer am Freitag die Strafe auf 4 Monate. — Einen Ausflug nach Travemünde unternahm ein russischer Arbeiter des Hochofenwerks. Zum Verlassen des Arbeitsplatzes gehört in jetziger Zeit für fremde Staatsangehörige polizeiliche Erlaubnis, die dem Wanderlustigen fehlte. Urteil eine Woche Gefängnis. — Gottesgeldschwindler. Das bekannte Handgeld vor dem Dienstantritt ließ sich der Arbeiter W., gen. B., in Gleschendorf und Tankenrade geben. Den Dienst trat er aber nicht an. Auch in Ahrensbök zog er es vor, nach dem Empfang von 3 Mk. Vorschuß zu verschwinden. Da der Angeklagte sieben Betrugsvorstrafen hat, müssen die erschwindelten 9 Mk. mit ebensoviel Monaten Gefängnis gesühnt werden. — Auf falscher Bahn ist ein 15jähriger Lehrling in St., der sich an einem Schulmädchen verging, nachts durchs Fenster bei dem Meister einstieg und 50 Pfg. sowie eine Schachtel Zigaretten entwendete. Mit 6 Wochen Gefängnis schließt dieser kurze Lebensabschnitt. — Vom Konzert zum Tanz. Die Wirtsleute St. hatten für den 20. Juni die Erlaubnis zum Abhalten eines kleinen Konzerts erhalten. Nachdem Klavier und Geige erklangen, zuckte es den Zuhörern in den Beinen und aus dem Konzert wurde ein Tanzkränzchen. Die Wirtin war nach ihrer Angabe machtlos, diesen Verstoß gegen die Verordnung des Generalkommandos hintanzuhalten und ihr Mann lag krank zu Bett. Jetzt muß die Wirtin ihre Schwäche mit drei Tagen Gefängnis büßen.

Die Butterteuerung.

Die Butterteuerung wird vielfach auf Mangel an Ware zurückgeführt. Dieses ist nur zu einem Teil richtig. Tatsache ist, daß sehr bedeutende Mengen Butter in den privaten Kühlhäusern großer Städte aufgespeichert werden, um die Ware bei den im Winter zu erwartenden hohen Preisen loszuschlagen. An diesen Geschäften sind vielfach Leute beteiligt, die sich sonst nie mit dem Butterhandel beschäftigt haben. Diese Spekulanten kaufen schon seit Monaten bedeutende Mengen, beispielsweise in Holland, auf, so daß dort zurzeit Butter in größeren Mengen für den reellen Handel kaum noch zu haben ist. Wie aus Köln gemeldet wird, sind in dortigen Kühlhäusern tausende Zentner Butter in spekulativer Absicht aufgehäuft. Die Stadt Köln hat bekanntlich beim Bundesrat den Erlaß von Höchstpreisen für Butter verlangt. Die vorstehenden Tatsachen und der Umstand, daß in Lübeck ein Pfund Butter bereits 2,10—2,20 Mk. kostet, beweisen die Dringlichkeit der Sache und erfordern ferner, daß die aufgespeicherten Buttervorräte im Interesse der Allgemeinheit beschlagnahmt oder mit einem Verkaufszwang belegt werden. Dies ist um so notwendiger, als auch in sonstigem Brotaufstrich, vor allem in Marmelade, fleißig spekuliert wird. Die Obstteuerung ist zu einem erheblichen Teile darauf zurückzuführen, daß die großen Marmeladefabriken bedeutende Mengen Obst aufgekauft und verarbeitet haben. Sie hoffen, für ihre Erzeugnisse hohe Preise zu erzielen. Schon jetzt verlangen sie vom Kleinhandel bis zu 50 Prozent höhere Preise.

Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben nach einer uns zugehenden Mitteilung in der verflossenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: Nach Rastenburg 12 Kolli Lebensmittel und 1 Kolli Hemden, nach Lötzen 7 Kolli Lebensmittel, nach Posen 9 Kolli Lebensmittel, ferner 4 Postsendungen. Leider ist dem Anlauf, den die Gebefreudigkeit in der vorgehenden Woche nahm, ein vollständiger Stillstand gefolgt. Die Abteilung bittet daher, ihre Bestrebungen durch Zuwendungen von Zigarren, Zigaretten, Schokolade, Keks, Konserven, Rotwein und Mineralwasser unterstützen zu wollen. Unsere im Osten vorwärts gehenden Truppen finden meistens vollständig ausgesogene und vielfach durch Brand verwüstete Gegenden vor, wo jede Gelegenheit fehlt, irgend etwas zu erstehen. Sie sind daher für die Sachen, welche dazu beitragen, ihnen das Leben etwas erträglicher zu machen, nur auf die Liebesgaben angewiesen. Mögen die Daheimgebliebenen dazu beitragen, unseren braven Feldgrauen einige frohe Stunden zu bereiten! Gaben werden jederzeit gern angenommen St. Annenstraße 2.

pb. **Einbruchsdiebstähle.** Am 12. dss. Mts. sind aus einem Hause der Wisbystraße, mittels Einbruchs 100 Mark gestohlen worden. Der Täter ist etwa 25—27 Jahre alt, ca. 1,70 Meter groß, trägt blauen Jackettanzug und schwarzen steifen Filzhut. — Aus einem Hause in dem Steinraderweg sind im Laufe der letzten Woche mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen worden: 1 silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand, 1 lange goldene Damenuhrkette, 2 Paar Glacehandschuhe, etwa 10 Meter weiße Spitzen, 3 weiße Taschentücher, 70 Zigarren und 4 Pfund Kakao.

pb. **Festgenommen** wurde ein hiesiges Ehepaar, welches sich eines Vergehens gegen das Belagerungsgesetz dadurch schuldig gemacht hat, daß es seit mehreren Monaten ausländischen Arbeitern Obdach gewährte und die Anmeldung derselben unterließ. Die Ausländer, welche die Anmeldung selbst auch nicht bewirkt hatten, wurden ebenfalls in Haft genommen.

pb. **Gestohlene Hühner.** Am 14. ds. Mts. sind aus einer Bude in der Elisenstraße mehrere Hühner von blaugrauer und weißer Farbe abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Eutin. Höchstpreise für Mehl. Auf Grund des § 52 der Bundesratsverordnung vom 28. Juni d. J. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl sind vom Landesvorstand für das Fürstentum Lübeck vom 1. September 1915 bis 1. Januar 1916 geltend folgende Höchstpreise für Mehl festgesetzt: a) Roggengrobmehl: für 100 Kg. im Großhandel 28 Mk., für 1 Kg. im Kleinhandel 36 Pfg., b) Roggenfeinmehl: für 100 Kg. im Großhandel 32,40 Mk., für 1 Kg. im Kleinhandel 42 Pfg., c) Weizenkriegsmehl: für 100 Kg. im Großhandel 36,65 Mk., für 1 Kg. im Kleinhandel 46 Pfg. Die Preise im Großhandel enthalten 10 Pfg. Sackleihgebühren und 20 Pfg. Bringelohn. Wird der Sack mit verkauft, so dürfen dem festgesetzten Preise nicht mehr als 1,10 Mk. für den Sack hinzugeschlagen werden. Bei Rückgabe des Sackes sind 1,10 Mk. zu vergüten. Bis zum 1. September ds. Js. gelten die bisherigen Preise. Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, wird nach § 57 der genannten Bundesratsverordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Hamburg. Ueberfahren und getötet. Abermals hat sich ein schwerer Unfall im Betriebe des Straßenverkehrs zugetragen. Am Sonnabend morgen gegen 7½ Uhr wurde der am Winterhuderweg wohnende Straßenreiniger Mähl in der Barmbeckerstraße von einem in Fahrt befindlichen Flaschenbierwagen erfaßt. Der Mann geriet unter die Räder und wurde überfahren. Die schweren Verletzungen führten den sofortigen Tod des Mannes herbei.

Hamburg. Mutmaßlicher Raubmord. In der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr wurde der Maurer Heinrich Ahlert vor dem Hause Eilbecker Allee Nr. 9 von dem Schlachter Albert Köpcke überfallen und dann die Kellertreppe hinuntergeworfen. Köpcke trug unberechtigterweise Militäruniform. Er wurde bald darauf verhaftet. Köpcke will von Ahlert angegriffen worden sein. — Großfeuer. In der Nacht zum Sonnabend brach im Kontor des Geschäftshauses Cremon Nr. 9 Feuer aus und griff so schnell um sich, daß zwei Bewohnerinnen, die von Rauch und Feuer eingeschlossen waren, über die große Leiter ins Freie befördert werden mußten. Sie wurden nach den Wiederbelebungsversuchen, die durch die Feuerwehr angestellt worden waren, in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Das dreigeschossige Gebäude ist bis zum Dache ausgebrannt. Die vorhandenen Lagerbestände sind, soweit nicht durch Feuer, durch Wasser vernichtet worden. Die Feuerwehr arbeitete mit drei Löschzügen die ganze Nacht hindurch und gab aus sechs Rohren Wasser. Der Brandschaden ist bedeutend; die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Husum. Dreiste Ausnutzung der Kriegsnot. Die Polizei stellte auf dem letzten Wochenmarkt bei einigen Händlerinnen ein zu geringes Gewicht der Butter fest. Bei den 27 Butterköpfen einer Landmannsfrau fehlten je 20 bis 30 Gramm am vorgeschriebenen Mindestgewicht, bei den neun Einpfundsstücken, die auch noch ziemlich hohen Wassergehalt hatten, einer anderen je 9 Gramm. Die Butter wurde beschlagnahmt und für einen billigen Preis an das Militär verkauft. — Die Käufer müssen die Butter das Pfund mit 2 Mk. und den Kopf mit 2,50 Mk. bezahlen, und dann bekommen sie noch nicht einmal das richtige Gewicht.

Husum. Von der Flut überrascht. Auf den Nordseewatten zwischen den Halligen Langeneß und Oland wurden beim Garnelenfang zwei junge Mädchen namens Grete Matthiesen und Marie Christiansen von der Flut überrascht; sie gerieten in eine Tiefe und ertranken. Die Leiche der ertrunkenen Matthiesen wurde im Schlick bei Oland gefunden.

Emden. Höchstpreise. Der Landrat und der Magistrat haben für das gemeinsame Versorgungsgebiet des Stadt- und Landkreises Emden Höchstpreise für Kartoffeln und grüne Bohnen festgesetzt. Für Kartoffeln dürfen nicht mehr als 5 Mk. für 1 Zentner, für das Liter 9 Pfg. und über 10 Liter für jedes Pfund 5 Pfg. genommen werden. Grüne Bohnen kosten demnach das Pfund 12 Pfg., bei 50 Pfund 10 Pfg. für jedes Pfund. Die Ausfuhr von Kartoffeln und grünen Bohnen aus dem Land- oder Stadtkreis ist verboten, während die Ausfuhr vom Lande in den Stadtkreis oder umgekehrt frei ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Monate Gefängnis für versuchte Bestechung. Die erste Strafkammer des Landgerichts III Berlin verhandelte am 13. August infolge Strafantrages des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, gegen den Zivilingenieur Georg Greifelt in Charlottenburg wegen Bestechung. Der Angeklagte, welcher vereidigter Sachverständiger ist und als solcher zum Mitglied der Abschätzungskommission der Königlichen Gewehrfabrik in Spandau berufen wurde, war Vertreter der Maschinenbauanstalt Köllmann G. m. b. H. in Langerfeld. Dieser Firma wollte der Angeklagte einen großen Auftrag auf Maschinen für eine im Bau befindliche unter Staatsaufsicht stehende Gewehrfabrik verschaffen. Zu diesem Zwecke bot er im Dezember 1914 einem als Betriebsleiter mit der Einrichtung der Gewehrfabrik beauftragten Professor der Technischen Hochschule Charlottenburg 5 Prozent des Kaufpreises der erforderlichen Maschinen als „Prüfungsgebühren" an, falls die Bestellung bei der Maschinenbauanstalt Köllmann erfolge. Der Vorsitzende der Strafkammer betonte bei der Urteilsverkündung: Wenn irgend etwas angesichts des schweren Krieges geschützt werden müsse, so sei es die Beschaffung des Kriegsmaterials. Wenn hierbei einem Beamten zugemutet werde, ein Auge zuzudrücken, so erfordere dies die schärfste Ahndung. Das Gericht habe daher entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts unter Versagung mildernder Umstände auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erkannt.

Ein jugendlicher Vatermörder vor Gericht. Der Jugendgerichtshof in Würzburg verurteilte den 16jährigen Fuhrknecht Gustav Spindler, der bei einem Familienzwist seinen Vater, den Rangiermeister Anton Spindler erschoß, zu zwei Jahren Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. August. Dem „Berliner Tageblatt" wird aus dem österreichisch-ungarischen Kriegspressequartier gemeldet: Der Vormarsch der Verbündeten dauert an und hat, die russischen Here vor sich hertreibend, die Linie nördlich von Wlodawa - Wisznice - Miendzyrczidczy - Losice - Czgezen erreicht. Auch hier, im eigentlichen Rot-Rußland, gehen die Russen wie in Feindesland vor. Die Zerstörungskommandos sind mit Celluloid-Spänen und Benzinspritzen ausgerüstet, doch werden nur die Herrenhäuser und die Judenviertel der Städte vernichtet. Die Bauern hingegen gehen frei aus. Wo die Gutsfelder schon abgeerntet sind, wird das Getreide unter die Bauern verteilt. Außerhalb der russischen Rückzugslinie sind die Felder geschont worden. Wo die Einwohner aber geflüchtet sind, verrichten die deutschen und österreichisch-ungarischen Etappenkommandos die Erntearbeiten. Ingenieure errichten Dreschmaschinen und Mühlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt vom Boot aus am Dienstag, d. 17. Aug. 1915 vormittags von 7½ Uhr ab an der Struckfähre Pfund 30 Pfg. (3370

Als Opfer des Krieges starb am 7. August 1915 im Lazarett zu Cholm mein lieber Mann und meiner 10 Kinder treusorgender Vater, der Landsturmmann
Adolf Jäger.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Helene Jäger geb. **Freese** nebst Kindern.
Fackenburg. (3371

Am Sonnabend abend 7 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schneider
Hans Joachim Friedrich Parbs
im 73. Lebensjahre. In tiefer Trauer (3372
Friederike Parbs geb. **Evers nebst Angehörigen.**
Lübeck, den 16. Aug. 1915.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 4 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.
Nachruf!
Am 28. Juli fiel auf dem östlichen Kriegsschauplatz unser Mitglied, der Kollege
Ernst Bruhn.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
3376) **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Stockelsdorf.
Nachruf!
Auf dem östlichen Kriegsschauplatze starb infolge Krankheit unser Mitglied, der Kollege
Adolf Jäger.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
3375) **Die Distriktsleitung.**

Heute erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser Sohn und Bruder, der Musketier (3374
Willi Krüger
im Alter von 21 Jahren am 3. August in Rußland gefallen ist. In tiefer Trauer
W. Krüger nebst Frau und Tochter.

Pfand-Auktion.
Am **Montag, dem 6.,** und **Dienstag, dem 7. September,** morgens 9 Uhr, verkaufe öffentlich bei Herrn **Neumann, Konzerthaus Fünfhausen 17/19,** die nicht verzinsten Pfänder als: Betten, Leinenzeug, Herren-Garderoben, Gold- u. Silbersachen, gold. und silb. Herren- u. Damenuhren, Ketten, Ringe, Armbänder, Regulator, Trittnähmaschinen sow. verschiedene andere Sachen,
wozu Kaufliebhaber einladet
A. Frankenthal, Pfandleiher.
Uhren, Gold und Silber kommen am zweiten Tage morgens 9 Uhr zum Verkauf.
NB. Prolongation kann nur bis 1. September angenommen werden. (3369

Suche zu sofort (3377
ordentliche Arbeiter.
Christian Gäde
Kohlenhandlung Fischergrube 4.

Achtung! 3378
Verloren am Sonntag, dem 14. d. Mts., von Marienthal bis Fackenburg eine Anzahl Verbandsmarken des Bauarbeiterverbandes. Bitte abzugeben im Bauarbeiterbureau, Johannisstraße, oder bei C. Meyer, Fackenburg, Segeberger Straße 23.
Der Zweigvereinsvorstand.

Dr. Hennings 3341
verreist am 16. August.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (3297
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Billiges Fleisch - Angebot!
Dienstag, Mittwoch, Sonnabend
Fr. Schweineripp. u. Rauchfleisch
3368) **33 Markthallenstand 33.**

Rechnungs - Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Seine (3367
Uhren-Reparatur-**Werkstatt,**
Goldw.-Reparatur-**Werkstatt** empf.
Willi Westfehling.
32 Holstenstraße 32

Deutsch-Französisch.
Sprachbüchlein für Feldsoldaten.
Zusammengestellt von
Georg Davidsohn.
— **Preis 15 Pfg.** —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schützengraben Wesloe. (3287
Heute 3-7 Uhr: Eintritt 20 Pfg.

Gewerbegesellschaft
Dienstag, den 17. August, nachmittags:
3—5 Uhr:
Gemeinsame Nagelung des Adlers.
Jedem Mitglied wird **gegen Vorzeigung der diesjährigen Mitgliedskarte** ein Nagel **ausgehändigt.**
4—6 Uhr:
Besichtigung der Schützengräben.
Straßenbahn-Anhängewagen sind von der Weiche in der Königstraße bei der Fleischhauerstraße um 3½, 4, 4½, 5 und 5½ Uhr zur freien Hinfahrt zu benutzen.
Bei Benutzung der Straßenbahn und der Besichtigung der Schützengräben sind die diesjährigen Mitgliedskarten vorzuzeigen.
Nach der Besichtigung: (3366
Gesellige Vereinigung in „Arnimsruh".

Liebesgabenpakettag.
Infolge des ungünstigen Wetters war es unmöglich, alle Pakete gestern abholen zu lassen. Wir bitten, unseren Feldgrauen zugedachte Pakete
Montag, Dienstag u. Mittwoch,
vormittags von 10—12 Uhr
und nachmittags von 4—7 Uhr
im gelben Saale des Stadttheaters
abzugeben. Auf Mitteilung durch Karte lassen wir die Pakete aus den Wohnungen abholen. (3373
Landeskriegerverband Lübeck.

Nr. 190
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag,
den 16. August 1915

Abrechnung in der Duma.

Die erst jetzt eingetroffenen russischen Zeitungen vom 2. August geben uns die Möglichkeit, eingehender auf die bedeutungsvolle Eröffnungssitzung der Duma vom 1. August zurückzukommen, als das nach den unvollständigen telegraphischen Mitteilungen möglich gewesen ist. Zwar sind auch die in der Petersburger Presse veröffentlichten Sitzungsberichte insofern unvollständig, als die Reden der Vertreter der äußersten Linken, Tscheidse und Kerenski stark gekürzt und die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion unterdrückt ist. Trotz dieser Lücken jedoch entrollen die veröffentlichten Dumaberichte ein ungemein fesselndes Bild der Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte und ihres offenen Zusammenpralls mit den Trägern und Vollstreckern der Regierungsgewalt.

Die Sitzung vom 1. August kann mit Fug und Recht als der Beginn einer neuen Abrechnung des russischen Volkes mit seiner Regierung bezeichnet werden. Dieser Duma steht freilich nur in sehr bedingtem Maße das Recht zu, im Namen der Völker Rußlands zu sprechen. Vom Staatsstreich geboren, vertritt sie in ihrer übergroßen Mehrheit die engen Schichten des grundbesitzenden Adels und der zahlungsfähigen Bourgeoisie. Nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Abgeordneten vertritt die breiten Schichten der Bevölkerung, die Arbeiter, die Bauern, die städtischen Kleinbürger. Doch die außerordentlich kritische Lage, die der Krieg geschaffen, hat selbst diesem Parlament, das sich bisher auf das intimste mit der Regierung verbunden hatte, die Zunge gelöst und es zum Sprachrohr der breiten Massen gemacht. Freilich noch nicht in dem Maße, wie es notwendig und wünschenswert gewesen wäre. Auch in dieser kritischen Lage verleugnet die Duma weder ihre Herunft noch ihre Klassenzusammensetzung. Wenn sie auch jetzt nicht mehr als Schleppenträgerin der Gewalt auftritt, sondern der Regierung Opposition macht, Rechenschaft fordert, ihr Kontrollrecht ausüben will, so tut sie das im Namen und im Auftrage der besitzenden Klassen, die die Fortführung des Krieges als eine Existenzfrage für sich und für den von ihnen beherrschten Staat betrachten, und die den Unterbau des Staates umgestalten wollen, weil sie durch einen inneren Regenerationsprozeß die äußere Widerstandskraft des Staates zu verstärken trachten.

Der Verlauf der Dumasitzung vom 1. August liefert für diese Einschätzung der Begebenheiten in Rußland zahlreiche Belege. Der Ministerpräsident Goremykin versuchte zwar jede innerpolitische Erörterung dadurch abzuschneiden, daß er erklärte: „Für Programmreden über die allgemeine Politik ist nach unserer Ueberzeugung jetzt nicht die geeignete Zeit. Die Arbeit zur Verbesserung der russischen Lebensbedingungen in Friedenszeit gehört der Zukunft, und diese Arbeit wird vollzogen werden unter Ihrer unmittelbaren Beteiligung.“ Doch diese Worte fanden nur den Beifall der Rechten und eines Teiles des Zentrums, und fast alle Reden der Parteiführer gingen weit über die Grenzen hinaus, die der Ministerpräsident ihnen zu ziehen versuchte.

Man kann die parteipolitischen Bestrebungen in der Duma folgendermaßen charakterisieren: Die äußerste Rechte vertraut der Regierung nach wie vor und fordert nur noch eine Verschärfung der nationalistischen, reaktionären Politik. Die Nationalisten und Oktobristen, d. h. die überwiegende Mehrheit der bisherigen Regierungsmajorität, bilden den eigentlichen Kern der parlamentarischen Kriegspartei. Sie sind für den „Krieg bis zum siegreichen Ende“, sie kritisieren die Regierung, weil sie das Land nicht genügend gerüstet hat, sie gewähren ihr noch eine Galgenfrist, in der sie im Verein mit den Parteien die Fehler gut machen soll, und sie sind endlich für einen milderen, versöhnlicheren Kurs in der inneren Politik. weil sie den „Burgfrieden“ als notwendiges Kriegsmittel betrachten, das nur durch Konzessionen aufrechterhalten werden kann. Die liberale Opposition hat sich in zwei gleich starke Gruppen gespalten. Die Kadettenpartei verlangt Amnestie und eine Anzahl innerer Reformen. Sie schmiegt sich aber dem bestehenden Kräfteverhältnis in der Duma an und läßt aus Gefälligkeit gegenüber den Oktobristen und Nationalisten die Forderung eines verantwortlichen Minsteriums fallen. Weit konsequenter und entschlossener sind die Progressisten, die bisher gemäßigter als die Kadetten waren. Gestützt auf einflußreiche Schichten des Industrie- und Finanzkapitals, die entschlossen die Herrschaft anstreben, lehnen die Progressisten zurzeit die schwankende Opportunitätspolitik ab, die der Führer der Kadettenpartei Miljukow gegen den Willen einer starken Minderheit seiner Partei eingeschlagen hat. Eine Sonderstellung nehmen die beiden Parteien der äußersten Linken, die aus radikalen Bauern bestehenden „Arbeitsgruppe“ und die sozialdemokratische Fraktion ein, die kühn und entschlossen ihren seit Beginn des Krieges proklamierten Standpunkt einhalten und dem Kriegswillen der besitzenden Klassen den Friedenswillen des werktätigen Volkes gegenüberstellen.

Leider sind wir zurzeit nicht in der Lage, die Ausführungen und Erklärungen der Redner der äußersten Linken unverkürzt wiederzugeben. Wir wissen nur, daß Genosse Tschcheidse die innere Politik der Regierung und namentlich die Verfolgungen der Juden und der Kaukasier mit scharfen Worten geißelte. In leidenschaftlicher Empörung wies er die Reden der bürgerlichen Parteiführer zurück, die von ihrer „Einmütigkeit“ mit der Arbeiterklasse sprachen. Den Burgfrieden bezeichnete er als einen Humbug, mittels dessen die Regierung und die herrschenden Parteien ihre Stellungen befestigten. Ueber die Rede von Kerenski, dem Führer der „Arbeitsgruppe“, wissen wir vorläufig nur, daß er sich im Seniorenkonvente beschwerte, die Zensur habe seine Friedensforderungen aus der Rede gestrichen. Indirekt charakterisierte das liberale Hauptorgan „Rjetsch“ die beiden erwähnten Reden, indem sie schreibt: „Die Reden der Herren Kerenski und Tschcheidse gingen nach der ihnen zugrunde liegenden Idee völlig über den Rahmen der allgemeinen Stimmung hinaus, indem sie sich der bekannten Stellung des internationalen Sozialismus anschlossen.“ Die äußerste Linke in der Duma betonte also in dieser Sitzung ihren kriegsfeindlichen Standpunkt.

Um nun noch kurz die verschiedenen Nuancen in der Haltung der bürgerlichen Parteien zu kennzeichnen, seien die wichtigsten Aeußerungen der Parteiführer wiedergegeben. Graf W. Bobrinski erklärte im Namen der Nationalisten „Das Land braucht innere Reformen. Aber diese Reformen können nur verwirklicht werden, wenn der Augenblick des Sieges eintritt.“ Im Interesse des Krieges verlangte er daß die Regierung der „Gesellschaft“ entgegenkomme, nur in diesem Falle werde seine Partei mit der Regierung gehen. Weit schärfer sprach schon der Redner der Oktoristen, der frühere Berichterstatter der Militärkommission Ssawitsch. Die Schuld liege nicht bloß auf dem Militärressort, sondern auf der gesammten Regierung, die die Forderungen der dritten und vierten Duma unberücksichtigt gelassen habe. „Diese Differenz zwischen der Gesellschaft und der Regierung ist der Hauptgrund der Schwäche der Regierung und des ganzen Staates.“ Für die jetzt zum Teil erneuerte Regierung trage die Duma keine Verantwortung, sie werde sie aber unterstützen, um den Sieg über den äußeren Feind zu organisieren. Der Redner der Kadettenfraktion Professor Miljukow geißelte die parteipolitische Ausbeutung des Burgfriedens, die Hetze gegen die Juden, die Verurteilung und Verbannung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten. Er wies die Erklärung des Ministerpräsidenten zurück, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, programmatische Reden zu halten. Er begnügte sich aber, die Forderungen aufzustellen, daß die örtliche Administration erneuert, eine kleine Verwaltungseinheit eingeführt, die Aufhebung des Branntweinmonopols gesetzlich festgelegt, die Familien der Kriegsteilnehmer mit Land versorgt, ein Genossenschaftsgesetz erlassen, sozialipolitische Gesetze für die Arbeiter und Angestellten ausgearbeitet und politische Amnestie gewährt werden solle. Weit schärfer ging der Redner der Progressisten Jefremow vor. Nach einer glühenden Anklage gegen die Regierung erklärte er, die Duma könne nur in dem Falle die Regierung unterstützen, wenn die Regierung offen die Autorität der Duma anerkennen, sich ihrer Kontrolle und Leitung unterwerfen und ihre Verantwortung vor der Volksvertretung proklamieren würde. Die bisherigen Aenderungen im Ministerkabinett genügten nicht, es müsse ein nationales Verteidigungsministerium aus Vertretern aller Parteien eingesetzt werden, das vor der Volksvertretung verantwortlich sein müsse. — Geht diese Forderung zurzeit auch weiter als die Duma bisher zu fordern gewagt hat, so zeigt sie doch den Weg, den selbst die bürgerlichen Parteien in der Duma unter Umständen zu beschreiten bereit sind.

An die französischen Sozialisten.

Die französischen Genossen haben zum ersten Male einige Worte der Wahrheit über ihre Kriegshaltung gehört. Der rumänische Sozialistenführer Racowski, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus, setzt sich in einer lesenswerten Broschüre mit dem französischen Genossen Charles Dumas, Bureauchef des Ministers Genossen Jules Guesde, über die Internationale und den Krieg auseinander und bespricht die Lage vom Standpunkte des Klassenkampfes, wie ihn Guesde zu vertreten pflegte.

Dumas macht den Versuch, die Haltung der französischen Sozialisten zu rechtfertigen und den Eintritt Guesdes ins Ministerium und den hergestellten Waffenstillstand der Klassen mit den Lehren und Interessen des Sozialismus in Einklang zu bringen. Seine Beweisführung ist eine Umschreibung der englischen Parole: Ein Sieg der mitteleuropäischen Mächte würde den Sieg des preußischen Junkertums bedeuten und würde die Entwickelung zur Demokratie und Einheit mindestens für ein halbes Jahrhundert aufhalten; hingegen würde ein Sieg des Vierverbandes den Militarismus zerschmettern, den Imperialismus vernichten und die unterdrückten Nationalitäten befreien. Deshalb stellten die französischen Sozialisten die nationale Einheit her und verzichteten auf den Klassenkampf während des Krieges. Aus diesen Gründen müßten aber auch die Rumänen ihre Neutralität aufgeben und sich dem Vierverbande anschließen.

Demgegenüber betont Racowski einleitend, daß er seinen Sozialismus von Guesde gelernt und auf Grund dieser Lehren den Klassenkampf hochhalten und die Neutralität wahren müsse. Die ganze Haltung des französischen Sozialismus befindet sich im schärfsten Widerspruch zu den sozialistischen Prinzipien. Die französischen Sozialisten haben sich dem französischen Imperialismus, der sich mit dem deutschen Imperialismus im Kriege befindet, unterworfen. Der französische Sozialismus hat abgedankt, indem er seine besten Vertreter in ein bürgerliches Ministerium sandte. Mit der bekannten Kautsky-Resolution vom Pariser Kongreß 1900, der unter gewissen Umständen den Eintritt von Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium gestattet, dürfen sich die Guesdisten nicht entschuldigen, denn Guesde und Vaillant bekämpften damals die Resolution aufs heftigste und stimmten gegen sie. Auch die Stuttgarter Resolution (1907) über Krieg kann keine Rechtfertigung der Haltung der Guesdisten sein: diese Resolution, die in Kopenhagen (1910) und Basel (1912) Zustimmung fand, macht nicht die Abdankung der Sozialisten zur Pflicht, sondern gebietet uns, die durch den Krieg hervorgerufene politische und wirtschaftliche Krise zur Agitation der Massen und zur Beschleunigung des Umsturzes der kapitalistischen Herrschaft zu benutzen.

Friedemann Bach.

Roman von A. E. Brachvogel.

34. Fortsetzung.

Und er begann:

„Willst du dein Herz mir schenken,
So fang' es heimlich an,
Daß unser beider Denken
Niemand erraten kann.
Die Liebe muß bei beiden
Allzeit verschwiegen sein,
Drum schließ' die größten Freuden
In deinem Herzen ein.

Behutsam sei und schweige
Und traue keiner Wand;
Lieb' innerlich und zeige
Dich außen unbekannt.
Kein Argwohn mußt du geben,
Verstellung nötig ist,
Genug, daß du, mein Leben,
Der Treu' versichert bist.

Begehre keine Blicke
Von meiner Liebe nicht,
Der Neid hat viele Tücke
Auf unsern Bund gericht't.
Du mußt die Brust verschließen,
Halt deine Neigung ein,
Die Lust, die wir genießen,
Muß ein Geheimnis sein.

Zu frei sein, sich ergehen,
Hat oft Gefahr gebracht,
Man muß sich wohl verstehen,
Weil ein falsch Auge wacht.
Du mußt den Spruch bedenken,
Den ich vorher getan:
Willst du dein Herz mir schenken,
So fang es heimlich an.“

Außer sich, nicht Herr seiner Stimme, sprang er auf!

„Pardonnez, Maman, mon mouchoir!“ — und Antonie eilte hinweg, ihre Bewegung zu verbergen und den Unsinnigen vor dem Schlimmsten zu behüten.

Ihr Weggehen hatte Friedemann die Besinnung wiedergegeben. Die Ministerin aber, das vergessene Tuch der Tochter segnend, trat hastig zu ihm, packte krampfhaft seine Hand und wollte dem schönen, glühenden Sänger eben das Herz in ihrer Art etwas erleichtern, als Antonie wieder eintrat und einen fragenden Blick auf beide warf. Die Ministerin fuhr zurück und warf ihr einen wütenden Blick zu.

Friedemann war ernüchtert. Ja, er begann auf einmal zu ahnen, an welcher Doppelklippe er stand. Er faßte sich, nahm seine Mappe, verbeugte sich und ging. Noch einmal schien er gerettet!

12. „Fang's heimlich an.“

Heimlich! — Heimlich und in nächtlicher Stille entsprießt die Lotos, die heilige Blume der Liebe, der Nacht und öffnet ihren keuschen Schoß dem entzückten, sehnsuchtzitternden Mondstrahl; doch wenn das erste Frührot leise auftaucht und der Tag mit seinem blassen Dämmern die träumende Flut in den Schmelz des Zwielichts hüllt, sinkt die Verschämte zurück ins kristallene Haus des ewigen Ganges, der silberglänzende Geliebte droben zieht seine Strahlenpfeile ein und verrinnt im auflohenden Morgenhimmel. Heimliche Nacht war's, als Romeo am Fenster die Geliebte grüßte, heimliche, verschwiegene Nacht, als Friedemann Bach, gehüllt in den weiten Mantel, aus seinem Hause schlich. Er eilte über den knisternden Schnee und einzelne Flocken fielen nieder. — Er wollte zum Hotel Brühl. Am Montag war jene verhängnisvolle Stunde gewesen, Dienstag war er nicht ins Hotel gegangen, denn die große Schlittenfahrt nach Sedlitz, welche die Königin dem Hofe gab, nahm alles in Anspruch, darum fiel gestern und heute die Stunde aus. Dagegen erhielt Friedemann von der verliebten Ministerin eine Einladung zum heiligen Abend, wo Brühl dem Hofe eine sogenannte Schäfer- oder Bauernwirtschaft gab. Der eigentliche Karneval war vorüber, die großen Redouten und Maskenfeste des Hofes beendigt, doch pflegte man in jenen Zeiten bis zum grünen Donnerstag hin den Karneval auszudehnen, und da man aus Pietät nicht gerade offiziell zum Zweck des Tanzes sich vereinen wollte, so gab man luxuriöse Schaustellungen, in denen Opern mit Karussels und Schäferfesten abwechselten, auch wohl nebenbei getanzt wurde. Heute war der Kehraus der Karnevalsfreude, man durfte nun nicht zögern, ernste Gesichter zu machen, denn dahinter stand schon der stille Karfreitag mit seiner Dornenkrone.

Friedemann, als er so langsam an der Sophienkirche vorbeiging, sah mehrere Leute, die aus Merpergers Haus gingen. „War da Gesellschaft? Die Fenster sind doch nicht beleuchtet!“ — Er kehrte um, ging zurück, an seinem Hause vorüber und von der anderen Seite bei der kleinen Brüderstraße an der Kirche vorbei — er wollte keinem begegnen.

Er überdachte seine Lage. Wohl war er sich der doppelten Gefahr bewußt, in der er hineinschritt. „Brühl ist heute im Hause! Die Ministerin ist in mich verliebt, das ist kein Zweifel. Wie soll ich ihr entgehen und doch Antonien sprechen? Wie mich Brühls Blicken entziehen? — Mein Verstand rät mir sehr ab, überhaupt hinzugehen.“

Wie er so zögernd bis zur Ecke des Prinzenpalais gekommen war, scheuchte ihn der Tritt zweier Menschen aus seinen Gedanken. Er fuhr auf. — Sie kamen gerade von Merperger her, dessen Haus er jetzt wiederum sehen konnte, und oben in des Mädchens Kammer brannte Licht, das einzige Licht in dem stillen Hause. — Er mußte, wenn er vorwärts ging, gerade mit den Kommenden zusammentreffen. Er blieb im Schatten des Palais stehen und ließ sie vorüber. Es schien ein Doktor zu sein. Die Köchin Merpergers leuchtete ihm nach Hause.

„Heute ist der zweite Tag; das Fieber ist weggeblieben, ich denke, die gute Ulrike ist nun außer Gefahr,“ sagte der Arzt.

„Gott sei Dank! — Aber die Angst, die wir ausgestanden haben, Herr Doktor! Und daran ist keiner weiter schuld, als der schlechte Kerl, der Bach!“ und keifend verlor sich der Ton mit den verhallenden Schritten. Friedemann stand unbeweglich und schaute hinauf nach dem einsamen Fenster. Es war ihm doch recht wehe!

Wenn ihn sein Vater Sebastian hätte da stehen sehen im Schnee, wie er emporstarrte und der zurückgeschlagene Mantel das amarantfarbene Schäferkleid zeigte! — „Was tust du hier, Friedemann? Was tust du hier, der Sänger des Herrn in den bunten Lappen der Narrheit und übermorgen ist doch der Tag, da der Heiland gekreuzigt ward!“ — Das alles, alles rauschte durch seine Seele, aber das verzehrende Feuer der Liebe war stärker und herb klang ihm der lieblose Schimpf des Dienstboten, offen preisgegeben den Ohren eines fremden Mannes und dem Mißbrauch der Fama. Das zog sein Herz zu, so zu, daß das Mitleid für die Arme da drüben in ihm keinen Raum mehr fand.

Es gab ein Ding in Friedemann, das hieß Störrigkeit, wer die weckte, machte den sonst edlen, weichmütigen Menschen zu Eis und Stein.

Er ging den Taschenberg vorbei um die alte baufällige Hofkirche und erblickte das prangende Portal Brühls, vor dem eine lange Reihe glänzender Karossen stand.

„Ha, der Hof ist also da, Gott sei Dank! Brühl und die Ministerin können sich so weit vom Herrscherpaare nicht entfernen, daß ich nicht einen Moment unbeachtet mit Antonien sprechen könnte. Sowie ich das getan, gehe ich wieder.“

Er betrat das Hotel, dessen Vorhalle mit Blumen geschmückt, mit Teppichen belegt war, gab seinen Mantel ab, präsentierte seine Einladung und ward von einem als Faun mit Bocksohren und Thyrsus geschmückten Zeremonienmeister in die zweite Halle gewiesen. Sie war ganz in eine ungeheure Laube, einen künstlichen Blütenwald verwandelt, der magisch durch bunte Lampen erhellt war und sich nach hinten gegen den großen Hof des Hotels öffnete. Über diesem Ein- oder Durchgange hing eine Transparentschrift:

„Wenn meine Wirtschaft ist auch klein,
Kommt all ihr Schäfer nur herein,
Der Gott, dess' Füllhorn froh uns nährt,
Und meiner Hürde Glück beschert,
Naht selbst mit des Olympos Schar
Und wird in Gnaden offenbar,
Weil ihm der Seinen Lust gefällt,
Die hergeströmt aus aller Welt.
Drum labt und liebt euch, das ist Brauch
Von Nymph' im Bach und Sylph' im Strauch.“

(Fortsetzung folgt.)

Ebenso schlimm ist der Versuch der französischen Sozialisten, der deutschen Regierung alle Schuld an dem Kriege beizumessen. Die Sucht, die französische Regierung reinzuwaschen, ist schon ganz und gar nicht sozialistisch. Jaures und Pressense hielten es im Interesse des Friedens für notwendig, daß Italien im Dreibund verbleibe. Die französische Regierung aber wirkte für den Anschluß Italiens an die Vierverbandsmächte, also für die Ausdehnung des Krieges.

Im Jahre 1904 denunzierte Guesde auf dem Amsterdamer Kongreß das französisch-russische Bündnis und erklärte, es bringe den Krieg herror. Jetzt, da der Krieg ausgebrochen ist, unterstützt Guesde das Bündnis und den Krieg. Man soll nur nicht den Balkansozialisten mit der französischen Unschuld kommen. In allen russischen Intrigen auf dem Balkan standen Petersburg und Paris Schulter an Schulter. Die ganze russische Balkanpolitik hatte ihre Spitze gegen Oesterreich und Deutschland; die französische Unschuld war dort die treue Sekundantin der zarischen Diplomatie. Wie der „Petit Limousin" am 31. Juli 1914 berichtet, war Jaures geneigt, die ganze Verantwortlichkeit für den europäischen Konflikt auf Rußland zu schieben, dessen Diplomatie planmäßig zum Kriege getrieben hätte. Und wer die englische Politik betrachtet, kann die englische Regierung keineswegs von Kriegsintrigen freisprechen. Die Balkanregierungen haben auch ihr Teil dazu beigetragen. Der verbrecherische Leichtsinn der serbischen Offiziere, die in der geheimen „Narodna Odbrana" organisiert sind, ist auf dem Baltan bekannt. Diese Offiziere sind die wahren Herren Serbiens. Sie beherrschen die Diplomatie, die Presse und das Parlament.

Die französischen Sozialisten behaupten ferner, daß der Krieg zur Freiheit der Menschheit, zur Befreiung der unterdrückten Nationalitäten und zur Förderung der Demokratie führen könne. Ja, wenn ein Krieg das zu leisten vermag, wozu sind wir Sozialisten? Warum werden wir nicht Imperialisten? Was ist aus unserer Lehre geworden, daß Freiheit und Demokratie erst nach der Abschaffung des Kapitalismus kommen könnten? Guesde und Sembat haben gewiß die ehrliche Absicht, den Krieg zu freiheitlichen Zwecken auszunutzen, aber was können zwei Minister gegen die starke Mehrheit ihrer Kollegen ausrichten? Und was kann die ganze französische Regierung gegen Rußland ausrichten? Und wird England das indische Reich freigeben? Was Italien betrifft, so darf man sagen: Wehe den Slawen, die von der italienischen auch nur dasselbe Maß von Selbstregierung erwarten, wie sie es unter österreichischer Herrschaft genießen. Sie gehen bitteren Enttäuschungen entgegen. „In 25 Jahren," sagte mir ein Professor der Universität von Rom und Mitarbeiter des „Corriere della Serra", „wird es keine Slawen unter uns geben; die Slawen sind friedliche Bauern, die wir durch unsere Schulen bald zu Italienern machen werden. Ebenso denken und handeln die Serben gegenüber den Bulgaren und Mazedoniern. Die nationalen Befreier werden zu Vernichtern der „befreiten" Völkerschaften. Und würde Elsaß-Lothringen wieder französisch werden, so wird derselbe Unterdrückungsprozeß vor sich gehen. „Ich werde nie vergessen," schreibt Racowski, „daß man in Frankreich sogar unter dem radikalen Ministerium Combes das Erscheinen von Katechismen in bretagnischer Sprache als einen Verstoß gegen die nationale Einheit Frankreichs verurteilte und untersagte." Die französischen Sozialisten machen sich eines ungeheuren Optimismus schuldig, indem sie vom Kriege befreiende Taten erwarten. Dieser Optimismus entspringt dem Umstande, daß der französische Sozialismus stets nationalistisch war und noch ist. Die Franzosen bilden sich ein, daß ihr Sieg eine befreiende Wirkung auf die ganze Menschheit haben müsse. Die französischen Sozialisten werden von einer starken Selbstsucht beherrscht. Wenn andere Völker durch Invasion bedroht sind, fällt es den französischen Sozialisten nicht ein, ihre Regierung aufzufordern, zugunsten dieser Völker militärisch einzugreifen. Wenn aber Frankreich angegriffen wird, dann verlangen sie von der Internationale, daß sie alle Hebel in Bewegung setzt, um die Regierungen zu veranlassen, für Frankreich zu intervenieren und das Proletariat der Welt aufs Schlachtfeld zu schicken!

Racowski hat selbstredend auch scharfe Worte der Kritik gegen die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, aber seine Abrechnung gilt den französischen Sozialisten, besonders den Guesdisten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Freie Eisenbahnfahrt für Heeresangehörige.

In Ergänzung der Bekanntmachung über die freie Eisenbahnfahrt von Heeresangehörigen stellt das Kriegsministerium nun noch ausdrücklich fest, daß die von Reichs wegen gewährte Freifahrt sich nicht nur auf die aus dem Felde kommenden Mannschaften, sondern auf alle Heeresangehörigen erstreckt.

Die Ueberredung der Soldaten zum Verzicht der Militärrente ist unzulässig.

In Friedenszeiten kommt es sehr häufig vor, daß die Soldaten bei ihrer Entlassung eine Bescheinigung auszustellen haben, wonach sie auf alle Ansprüche an den Militärfiskus verzichten. Auch solchen, bei denen sich später Beschädigungen der Gesundheit herausstellen, die nur Folgen des Dienstes sein können, wird ein solcher Verzicht zugemutet und bei der Geltendmachung von nachträglichen Ansprüchen natürlich gegen sie ausgespielt. Diese Uebung ist anscheinend auch während des jetzigen Krieges hier und da beibehalten worden. Das sächsische Kriegsministerium erklärt in einer Zuschrift an den Reichstagsabgeordneten Felix Marquardt, daß es unstatthaft ist, eine Verzichtleistung auf Militärversorgung zu fordern. Die Zuschrift lautet:

„Euer Hochwohlgeboren teilt das Kriegsministerium auf die Eingabe vom 21. 7. 1915 ergebenst mit, daß es unstatthaft ist, eine Verzichtleistung auf Militärversorgung zu fordern.

Die Truppenteile sind durch § 22 Abs. 1 der Pensionierungsvorschrift angewiesen, für alle Mannschaften, die infolge einer Dienstbeschädigung dienstunfähig geworden sind und deren Erwerbsfähigkeit um wenigstens zehn vom Hundert gemindert ist, die gesetzliche Versorgung zu beantragen.

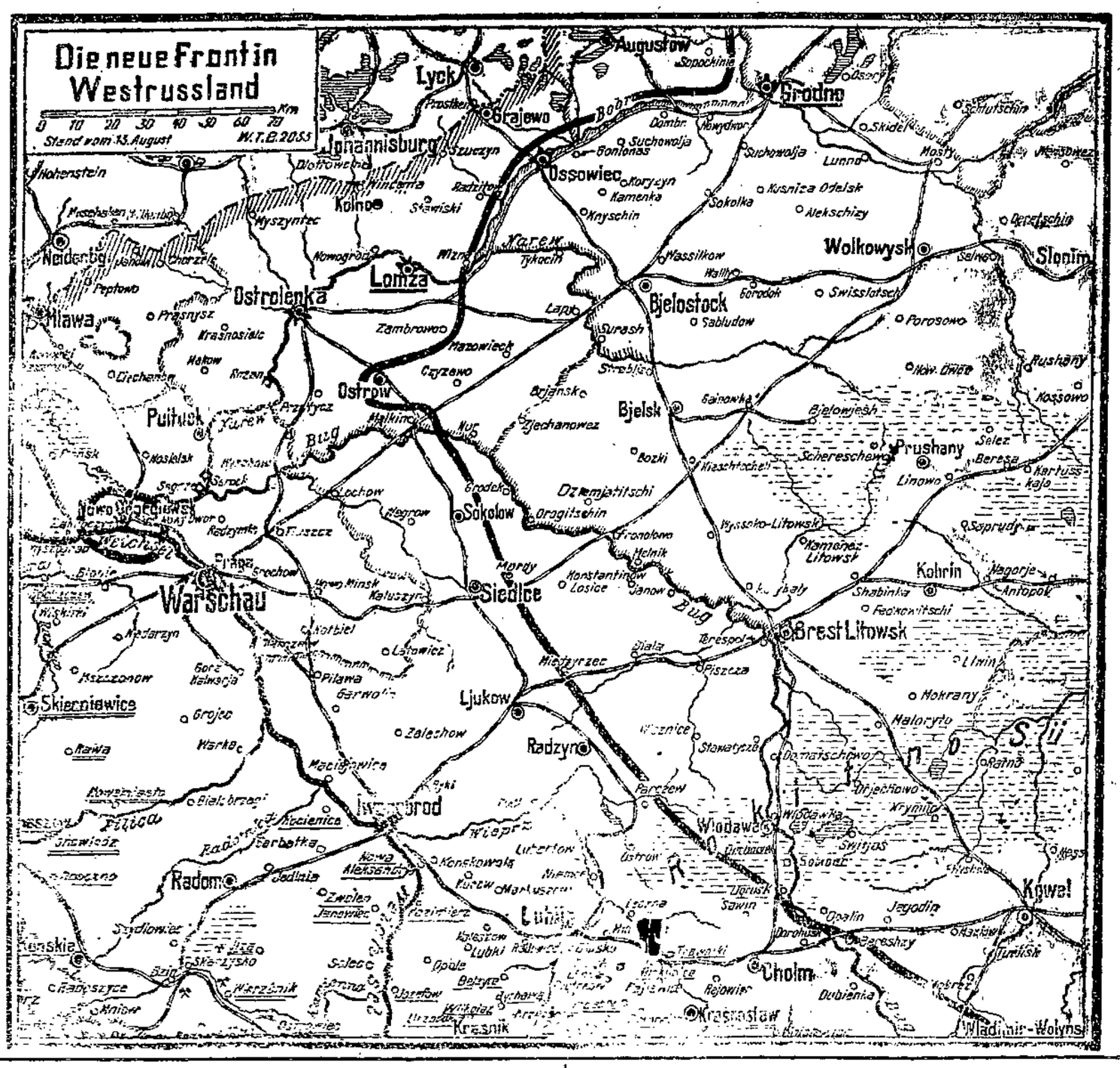
Außerdem haben die königlichen stellvertretenden Generalkommandos des 12. und 19. Armeekorps die beteiligten Stellen Anfang August d. J. auf das Unterstützte, Mannschaften zum Verzicht auf Versorgungsgebührnisse zu bewegen, noch besonders hingewiesen."

Ferner ist auch vom württembergischen Kriegsministerium eine entsprechende Anweisung ergangen.

Aus der Partei.

Drei Monate Gefängnis wegen Aufreizung. Am Freitag fand vor der Elberfelder Strafkammer die Verhandlung gegen unseren Genossen, Redakteur Otto Niebuhr, wegen der bekannten Friedensnummer der Monatsschrift „Morgenrot" statt. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Nach mehrstündiger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr drei Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Das Gericht verurteilte Gen. Niebuhr wegen Aufreizung und Vergehen gegen die Verordnung des Generalkommandos über die Vorlegung von Zeitschriften zu drei Monaten Gefängnis. Die weitere Anklage gegen Niebuhr auf Aufforderung zur Insubordination hat das Gericht fallen lassen.

Das Verbot der „Berner Tagwacht". Wie uns aus Würzburg mitgeteilt wird, geht auch der Redaktion unseres dortigen Parteiblattes sein einzigen Organ die „Berner Tagwacht" nicht mehr zu. Nach Auskunft der Postanstalt ist das Blatt auf Anordnung der Militärbehörde beschlagnahmt.



Kriegsbilder.

Auch ein Wiedersehen.

Vor einiger Zeit trafen mittags mehrere belgische Soldaten auf Bahnhof St. Peter in Gent ein, die auf einem Patrouillengange an der Yser gefangen genommen waren; es waren kräftige, gesunde Burschen im Alter von 20 und 21 Jahren, die teils seit Kriegsbeginn im Felde standen, teils später in Frankreich eingekleidet und ausgebildet waren. Sie erzählten, daß sie seit langer Zeit ohne Nachricht von ihren Angehörigen wären, und daß die Stimmung im belgischen Heere dadurch allgemein eine sehr gedrückte wäre, weil irgendwelche Lebenszeichen aus der Heimat nicht einträfen, und die lange Kriegsdauer sowie die in der belgischen Front herrschende Untätigkeit mutlos machten.

Verwandte von zwei Gefangenen wohnten in der Nähe von Gent, und so war es ein leichtes, mit Hilfe der deutschen Militärbehörde ein Wiedersehen dieser beiden mit ihren Angehörigen zu ermöglichen, die man rechtzeitig benachrichtigte.

Die Gefangenen saßen an einem Tische, als die Tür plötzlich geöffnet wurde und die Eltern nebst zwei Schwestern des Gefangenen X. eintraten. Die Blicke der Mutter schweiften über die belgischen Soldaten hin, und sofort hatte das Mutterauge den geliebten Sohn erkannt; laut aufschluchzend stürzt sie auf den freudig Ueberraschten zu, der sich sprachlos aufrichtete und sich blitzschnell seiner Mutter in die Arme wirft. Lange halten sich Mutter und Sohn umschlungen; dann begrüßt der Gefangene den Vater und die Schwestern, die alle auf den Wiedergefundenen mit allerlei Fragen einstürmen.

Die übrigen Gefangenen stehen tief bewegt da und machen stumm den Angehörigen des Kameraden Platz. Bereitwillig erzählen sie von ihrem Leben und Treiben in der Front, wo die Belgier im vordersten Schützengraben liegen, während die Engländer die dahinter befindlichen Stellungen besetzt halten. Die Verpflegung wäre früher mangelhaft gewesen, aber seit einiger Zeit besser geworden. Kaffee, Brot, Speck und Konserven. Sie erhielten Kenntnis von den Vorgängen in den Schlachtfronten durch ein Blatt, das England und Holland drucken ließen. Abgesehen vom westlichen Kriegsschauplatze, wo sie den Verlauf der deutschen Stellungen annähernd richtig kannten, waren sie über den Stand der Kämpfe auf den übrigen Kriegsschauplätzen völlig falsch unterrichtet. Sie glaubten, daß die Russen in Wien und Ungarn ständen und weiterhin in deutsches Gebiet eingebrochen wären; Königsberg sollte schon seit 1914 in russischen Händen sein. Die Verbündeten hätten Gallipoli erobert und die Italiener bereits Triest besetzt haben. Von Interesse dürfte die Aussage der Gefangenen sein, daß belgische Truppen wiederholt den Gehorsam verweigert hätten und aus der Front zurückgenommen werden mußten. Diese Truppen sollen nach Orleans gebracht sein. Auch jetzt soll sich wieder ein belgisches Regiment als unzuverlässig erwiesen haben und zurückgezogen worden sein. Die Gefangenen begründen diese Erscheinung damit, daß die belgischen Soldaten sich nicht mehr für die englischen Interessen opfern wollen und im übrigen das Nutzlose ihres Kampfes einsehen. Die Gefangenen sprachen den Wunsch aus, an ihre Angehörigen zu schreiben; von der erteilten Erlaubnis machten sie eifrig Gebrauch. Die Familie des Gefangen nahm inzwischen Abschied, und es war still im Raum geworden. Da öffnete sich die Tür, und eine Frau trat herein. Ein mit Briefschreiben beschäftigter Gefangener schaut auf, erkennt seine Schwester und eilt ihr hocherfreut entgegen; Bruder und Schwester liegen sich in den Armen und halten dann lange Aussprache. Leider hat die Schwester auch eine Hiobspost zu überbringen; vor einiger Zeit ist der jüngste Bruder gestorben. Tränenden Auges wird die Unterhaltung der Geschwister fortgesetzt, zu denen sich auch noch der Ehemann der Schwester gesellt hat. Nach einiger Zeit sind die Gefangenen wieder allein; der Posten hält an der Tür Wacht. Vor den Augen der Gefangenen steht das soeben Erlebte, und sie träumen von der Heimat.

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnunglück bei Marienburg. Sonnabend vormittag stießen auf dem Bahnhofe Altfelde zwei Züge aufeinander. Die beiden Lokomotiven und sieben Wagen entgleisten. Der Fahrdienstleiter Unterassistent Mischke wurde schwer verletzt, der Rangierer Luck getötet. Die Aufräumungsarbeiten waren nachmittags beendet.

Vorsicht beim Genuß von Pilzen! In der Ortschaft Edefeny (Westpreußen) ist die ganze Familie eines im Felde stehenden Bergmannes nach dem Genuß von Pilzen schwer erkrankt. Drei Kinder sind bisher gestorben. Die Mutter liegt hoffnungslos darnieder. — In Groß-Neuendorf bei Brieg in Schlesien starben fünf Kinder aus drei Arbeiterfamilien nach einem Pilzessen. Mehrere andere schweben noch in Lebensgefahr. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob die Pilze giftiger Art oder infolge der großen Ueberschwemmungen in der vorigen Woche verdorben waren.

Eine vereitelte Konsumentenversammlung. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Dresden hatte eine öffentliche Versammlung geplant, in der zu der Lebensmittelteurung Stellung genommen werden sollte. Dieser Ausschuß setzt sich aus Vertretern aller Volksschichten zusammen. Er hatte die Polizeidirektion ersucht, auf diese Versammlung nicht die Bestimmung anzuwenden, nach der das Manuskript der Vorträge mindestens sieben Tage vorher zur Zensur und Genehmigung eingereicht werden muß. Dieser Wunsch ist abgelehnt worden, die Polizeidirektion hat vielmehr, wie der Ausschuß mitteilt, „es für richtiger gehalten, der geplanten Versammlung gegenüber alle überhaupt zulässigen Erschwerungen zur Anwendung zu bringen." Daraufhin wurde die Versammlung aufgegeben und die Abmeldung mit einer längeren Begründung zurückgezogen. Es heißt darin, man wolle lieber ganz und in der ausgesprochenen Absicht verzichten und damit den schärfsten Protest gegen die völlig verfehlte Anwendung eines sicherlich falsch verstandenen und bewerteten Aufsichtsrechts zum Ausdruck bringen. Daß gerade diese Versammlung das Staatsinteresse irgendwie beeinträchtigt hätte, dafür fehle „der Schatten einer Vermutung." Eine Folge des Verhaltens der Behörde würde sein, daß sich der Kriegswucher nur noch sicherer der Kontrolle der freien Meinung fühlen werde.

Bootsunglück im Kopenhagener Hafen. Im Kopenhagener Hafen wurde in der Nacht zum Freitag eine Marinefähre, auf der sich 20 heimkehrende Marinesoldaten befanden, von dem Dampfer „Stafet" überrannt und quer durchschnitten. Sie sank. Sämtliche Marinesoldaten fielen ins Wasser; bis auf zwei Soldaten, die ertranken, sind alle gerettet.

Entgleisung des irischen Expreßzuges. Der irische Postzug ist in der Nähe von Rugby verunglückt. Fünfzig Personen sollen tot sein. — Bei dem Eisenbahnunglück fanden, wie die Eisenbahngesellschaft mitteilt, acht Personen den Tod, dreißig wurden verletzt. Das Unglück soll sich dadurch ereignet haben, daß der hintere Teil des Zuges im Stowe-Tunnel zwischen Rugby und Binsworth entgleiste. Nach einer anderen Mitteilung brach die Kuppelung des nach London fahrenden Zuges, wobei die Lokomotive umstürzte. Die Lokomotive des gleich darauf herankommenden irischen Expreßzuges fuhr hinein und überschlug sich ebenfalls.

Die Hitze in Spanien. Eine fast unerträgliche Hitze herrscht, nach einem Telegramm aus Madrid, in ganz Spanien. Zahlreiche Hitzschläge, von denen einige tödlich verliefen, sind vorgekommen. In den Straßen Madrids wurde infolge der drückenden Hitze ein Passant wahnsinnig und verletzte mehrere Personen.

Der Milchkrieg in Stuttgart nimmt seinen Fortgang. Der Vermittlungsvorschlag des Ministers des Innern, den Preis auf 20 Pfg. pro Liter für Stuttgart festzusetzen, ist von den unter bündlerischer Führung stehenden Produzenten abgelehnt worden. Darauf wurde der von der Stadt Stuttgart festgesetzte Höchstpreis von 19 Pfg. neu bekräftigt und dessen Überschreitung mit Strafe bedroht. Am letzten Abrechnungstermin sorgte ein mit der Überwachung betrauter städtischer Beamter dafür, daß der Höchstpreis gegenüber den Milchhändlern eingehalten wurde. Daraufhin wollten die Produzenten am letzten Sonntag in mehreren Mittelpunkten der Produktionsgebiete Protestversammlungen abhalten. Das Generalkommando verbot jedoch diese Versammlung. Nunmehr haben die bündlerischen Agenten der Produzenten eine Eingabe ans Generalkommando gerichtet, worin sie von diesem eine Einwirkung auf die Stadtverwaltung verlangen, damit bis zum 1. September ein Preis von 20 Pfg., von da ab von 21 Pfg. festgesetzt werde. Im Falle der Ablehnung seitens der Stadtverwaltung verlangen sie Festsetzung des Höchstpreises für Stuttgart durch die Landesregierung und drohen mit der zeitweisen Einstellung der Milchlieferung. In Wahrheit aber haben sie schon andere Gewaltmittel zur Erreichung ihres Zweckes angewendet. Die „Schwäbische Tagwacht" kann nämlich ein Zirkular veröffentlichen, das eine große Molkereigenossenschaft an die Stuttgarter Milchhändler richtet und worin erklärt wird, daß die Milch nur noch ab Produktionsort geliefert werde und zwar für 20 Pfg. nebst 1 Pfg. für Fracht und Beifuhr. Bezahlung wird von nun ab im voraus verlangt. Bei Nichteinverständnis wird die Milchlieferung eingestellt. Das heißt nicht mehr und nicht weniger als: die Milchproduzenten und ihre landwirtsbündlerischen Führer pfeifen auf den Höchstpreis der Stadt Stuttgart. Man sieht nun mit um so größerem Interesse der Entscheidung des Generalkommandos entgegen, als hier offenkundiger grober Verstoß gegen die vielgelobte Verfügung des Generalkommandos und gegen die neuerliche Verordnung des Bundesrates vorliegt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.